Oldletter: SPD-Geschichten aus Papenburg

SPD

31.05.2015 Nr. 79

Inhalt:

Besuch des Prüfgeländes	S. 01	Pflegekonferenz angeregt	S. 03
Förderung von Kindern nach Kassenlage	S. 01	Besorgt über Gefährdung bei BIRO	S. 04
Verzicht auf Bundestagskandidatur	S. 02		

Juni 2005

Die Entwicklung des Prüfgeländes

Papenburg. Wolf-Dieter Hilgert, Vorsitzender der Geschäftsführung von ATP, und Klaus Vosteen, Geschäftsführer Engineering, informierten jetzt über die Entwicklung der ATP GmbH in Papenburg. Das Prüfgelände sei eines der weltweit größten herstellerunabhängigen Automobil-Prüfgelände für Personen- und Nutzfahrzeuge. Modernste und teilweise einzigartige Teststrecken, komplett ausgestattete Werkstätten sowie dazugehörige Prüfeinrichtungen und eine kompetente Engineering-Mannschaft stehen allen nationalen und internationalen Automobilherstellern und deren Zulieferern für die Durchführung von Testaktivitäten zur Verfügung.

Seit dem 1. Juli 2000 ist die Wilhelm Karmann GmbH, Osnabrück, mit 60 Prozent der Anteile Hauptgesellschafter der ATP GmbH. Die restlichen 40 Prozent hält die MB-technology GmbH, Sindelfingen. Um der ständig steigenden Nachfrage gerecht zu werden, wurden seither bereits ein neues Werkstattgebäude und ein neues Prüfstandsgebäude in Betrieb genommen. Somit stehen jetzt für Personenkraftwagen zehn Doppel- und acht Einzelwerkstätten sowie zwei Sommerwerkstätten zur Verfügung, darüber hinaus auch noch eine LKW-Werkstatt. Mit den seit Mitte 2003 durchgeführten Streckenerweiterungsmaßnahmen, die 2004 fortgesetzt wurden, habe man besonders auf regelmäßig abgefragte Kundenbedürfnisse reagiert. Das Geschäft mit den so genannten Drittkunden, die nicht zum Kreis der Gesellschafterfirmen gehören, erreichte 2004 bereits einen Anteil von circa 42 Prozent am Gesamtumsatz, mit seit Jahren stetig steigender Tendenz.

Sollte dieser Trend stabil bleiben, wird man so Wolf-Dieter Hilgert in 2005 und in den kommenden Jahren weitere Ergänzungsmaßnahmen Bereich der Teststrecken und der Gebäudeinfrastruktur anstreben, z. B. der Bau einer Pkw-Waage, eines Steigungshügels mit unterschiedlichen Anstiegen etc. sowie Gebäudeerweiterungen.

Für die interessierte Bevölkerung und auswärtige Besucher gibt den Zeitspeicher in Papenburg als Informationsmöglichkeit.

Zum anderen habe man mit dem Fahrsicherheitstraining für kleinere Gruppen ein weiteres interessantes Angebot, das Prüfgelände hautnah kennen zu lernen. „Wir bieten Berufs- und Privatfahrern aller Fahrzeugarten auf ihre Bedürfnisse abgestimmte Sicherheitstrainings an. Ob Pkw, Lkw, Bus, Wohnwagen, Geländewagen oder Sonderfahrzeug. Wir trainieren Sie auf Ihrem Fahrzeug und Sie gewinnen an Sicherheit für schwierige Fahrsituationen", ergänzte Klaus Vosteen.

Bei einer abschließenden Rundfahrt über das Prüfgelände konnten die SPD-Politiker auch einen Eindruck von den neuen Teststreckenabschnitten gewinnen.

(von links nach rechts): Klaus Steege, Wolf-Dieter Hilgert, Vorsitzender der ATP-Geschäftsführung, Roland Seemann, Klaus Vosteen, ATP-Geschäftsführer, SPD-Fraktionsvorsitzender Hartmut Bugiel, Bernhard Bloem, SPD-Ratsherr Hans-Werner Gouterney, SPD-Ratsherr Wilhelm Kröger und SPD-Ratsherr Peter Raske.

Papenburg Aktuell 01.06.2005

Förderung von Kinder und Jugendlichen nach Kassenlage?

Anlässlich des Internationalen Kindertages am 1. Juni unterstützte der SPD-Kreisvorstand des Emslandes die Bundesregierung bei ihrem Anliegen, die Lage der Kinder zu verbessern. Peter Raske, stellvertretender SPD-Kreisvorsitzender, betonte, dass Kindeswohl ginge vor Kassenlage.

Während die CDU mit ihrem so genannten Kommunalen Entlastungsgesetz (KEG) Kinder- und Jugendhilfe nach Kassenlage betreiben wollte und sozialen Kahlschlag nicht scheute, stellte die Bundesregierung bei ihrem Kinder- und Jugendhilfeweiterentwicklungsgesetz (KICK) den jungen Menschen in den Mittelpunkt. Es wärezutiefst unredlich und unsozial, das Recht von Kindern und Jugendlichen auf Förderung und Hilfe wegen finanzieller Engpässe zu beschneiden, kritisierte Peter Raske die Absicht der CDU. Mit einer sozialdemokratischen Regierung wurde hingegen die Kinder- und Jugendhilfe maßvoll weiterentwickelt und die erfolgreiche Politik hin zu einer noch kinderfreundlicheren Gesellschaft fortgesetzt. Sollte sich die CDU durchsetzen, hätte dies neben einer radikalen Einschränkung der Hilfen für Jugendliche auch eine Existenzgefährdung vieler Einrichtungen der Jugendhilfe auch im Emsland zur Folge.

Kinderpolitik war ein zentrales Anliegen der Bundesregierung, betonte Peter Raske. Es wäre schon viel erreicht. Kinder würden nicht mehr als kleine Erwachsene, sonders als eigenständige Subjekte mit eigenen Rechten angesehen. Das Recht auf gewaltfreie Erziehung wurde gesetzlich verankert. Mit dem Nationalen Aktionsplan zum Schutz vor sexueller Gewalt und Ausbeutung, dessen Umsetzung von einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe begleitet wurde, wurde der sexuelle Missbrauch von Kindern bekämpft.

Anlässlich der Lesung der Gesetzentwürfe zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (KICK) sowie zur Entlastung der Kommunen im sozialen Bereich (KEG) erklärte der stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende Peter Raske: „In der Jugendpolitik steht die Union für soziale Ausgrenzung und Sozialabbau.“ Das hätte sich bei der Abstimmung zum Kommunalen Entlastungsgesetz (KEG) gezeigt. Das KEG war ein Gesetzentwurf, der von den unionsgeführten Bundesländern in den Deutschen Bundestag eingebracht wurde. Monatelang hatte sich der zuständige Fachausschuss damit beschäftigt, eigens eine Anhörung zum KEG durchgeführt. Zwar lehnte die Union den Entwurf ihrer eigenen Ministerpräsidenten ab, brachte das KEG aber hintenherum durch entsprechende Anträge als KEG-light wieder ein. Durch dieses Wendemanöver wollte die Union verschleiern, wofür sie stand: „Für soziale Ausgrenzung und Sozialabbau;“ so Peter Raske.

Die Vorschläge der Union verfolgten nur das eine Ziel, ohne Rücksicht auf die Interessen und Bedürfnisse von jungen Menschen und Familien Kommunen zu entlasten. Dafür nahmen CDU und CSU massive Leistungseinschränkungen der Kinder- und Jugendhilfe in Kauf. So sollten die Schwächsten der Gesellschaft, hilfebedürftige Kinder und Jugendliche, die Zeche für die prekäre Finanzlage vieler Kommunen zahlen.

Einschränkungen bei den Eingliederungshilfen für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche sowie Einschränkungen bei den Hilfen für junge Volljährige und die Ein-führung der Kostenbeteiligung für ambulante Hilfen wären die falschen Rezepte, welche die Union der Kinder- und Jugendhilfe seit zwei Jahren unbelehrbar verschreiben wollte, so Peter Raske.

Die Folgen einer solchen Politik könnten auch im Emsland zu einem Abrutschen der Jugendlichen in Drogensucht, Straffälligkeit oder Obdachlosigkeit führen mit der Folge, dass dies viel höhere Kosten verursachen würde als eine rechtzeitige und präventive Unterstützung durch die Kinder- und Jugendhilfe.

Die Schwächsten zahlen die Zeche

SPD kritisiert CDU-Verhalten bei Gesetzentwürfen zur Kinder- und Jugendhilfe

Papenburg
Die Gesetzentwürfe zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (KICK) sowie zur Entlastung der Kommunen im sozialen Bereich (KEG) sind von der hiesigen SPD scharf kritisiert worden.

Wie der stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende Peter Raske in einer Pressemitteilung schreibt, stehe die Union in der Jugendpolitik „für soziale Ausgrenzung und Sozialabbau“. Das habe sich bei der Abstimmung zum Kommunalen Entlastungsgesetz (KEG) gezeigt.

Das KEG sei ein Gesetzentwurf, der von den unionsgeführten Bundesländern in den Deutschen Bundestag eingebracht wurde. Monatelang habe sich der zuständige Fachausschuss damit beschäftigt und eigens eine Anhörung zum KEG durchgeführt. Zwar lehnte die Union den Entwurf ihrer eigenen Ministerpräsidenten ab, doch bringe sie das KEG durch entsprechende Anträge als „KEG-light“ immer wieder in die Beratung ein. „Durch dieses Wendemanöver will die Union verschleiern, dass sie für soziale Ausgrenzung und Sozialabbau steht“, so Peter Raske.

Die Vorschläge der Union verfolgten nur das eine Ziel, ohne Rücksicht auf die Interessen und Bedürfnisse von jungen Menschen und Familien Kommunen zu entlasten. Dafür nähmen CDU und CSU massive Leistungseinschränkungen der Kinder- und Jugendhilfe in Kauf.

Einschränkungen bei den Eingliederungshilfen für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche sowie Einschränkungen bei den Hilfen für junge Volljährige und die Einführung der Kostenbeteiligung für ambulante Hilfen seien die falschen Rezepte, welche die Union der Kinder- und Jugendhilfe seit zwei Jahren unbelehrbar verschreiben wolle, schreibt Raske.

Die Folgen einer solchen Politik könnten nach Meinung des SPD-Politikers auch im Emsland zu einem Abrutschen der Jugendlichen in Drogensucht, Straffälligkeit oder Obdachlosigkeit führen mit der Folge, dass dies viel höhere Kosten verursachen werde als eine rechtzeitige und präventive Unterstützung durch die Kinder- und Jugendhilfe.

Ems-Zeitung 08.06.2005

Verzicht auf Bundestagskandidatur

Die Entscheidung von Hartmut Bugiel, auf eine Bundestagskandidatur gegen Clemens Bollen zu verzichten, zeugte nach Meinung des Vorstandes der SPD im Kreis Emsland von einem hohen Maß an solidarischem Verhalten gegenüber der Partei. Die Kreisvorsitzende Karin Stief-Kreihe machte deutlich, dass es heutzutage in der SPD nicht selbstverständlich sei, das eigene Interesse den Interessen der Partei unterzuordnen.

Der SPD-Kreisvorstand hätte mit Hartmut Bugiel gern einen eigenen, geeigneten Kandidaten ins Rennen geschickt, um die Interessen der Emsländer in Berlin zu vertreten. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse bei der Delegiertenversammlung wäre es jedoch schwer für einen Kandidaten aus dem Emsland, sich gegenüber der Leeraner Übermacht durchzusetzen.

Nach der Entscheidung von Hartmut Bugiel unterstützte der emsländische SPD-Kreisvorstand die Kandidatur von Clemens Bollen. Viele Genossen und Arbeitnehmer hätten ihn als Gewerkschafter im nördlichen Emsland kennen und schätzen gelernt als jemanden, der für die Interessen und Rechte der Arbeitnehmer eintritt. In schwierigen Zeiten für die SPD galt es, geschlossen und mit Solidarität den anstehenden Wahlkampf zu bestreiten. Nach Auffassung des stellvertretenden SPD-Kreisvorsitzenden Peter Raske hätte man mit Clemens Bollen als Kandidaten gute Chancen der direkt gewählten CDU-Abgeordneten das Mandat abzunehmen.

SPD: Respekt vor Hartmut Bugiel

Emsländische Sozialdemokraten kapitulieren vor Leeraner Übermacht

Papenburg/Burlage Die Entscheidung von Hartmut Bugiel, auf eine Bundestagskandidatur gegen Clemens Bollen zu verzichten, zeugt nach Meinung des Vorstandes der SPD im Kreis Emsland von einem hohen Maß an solidarischem Verhalten gegenüber der Partei und verdiene hohen Respekt.

Die Kreisvorsitzende Karin Stief-Kreihe machte in einer Pressemitteilung deutlich, dass es heutzutage in der SPD nicht selbstverständlich sei, das eigene Interesse den Interessen der Partei unterzuordnen. Der SPD-Kreisvorstand hätte mit Hartmut Bugiel gern einen eigenen, geeigneten Kandidaten ins Rennen geschickt, um die Interessen der Emsländer in Berlin zu vertreten. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse bei der Delegiertenversammlung sei es jedoch schwer für einen Kandidaten aus dem Emsland, sich gegenüber der Leeraner Übermacht durchzusetzen.

Nach der Entscheidung von Hartmut Bugiel unterstützt der emsländische SPD-Kreisvorstand die Kandidatur von Clemens Bollen. Viele Genossen und Arbeitnehmer hätten ihn als Gewerkschafter im nördlichen Emsland kennen und schätzen gelernt als jemanden, der für die Interessen und Rechte der Arbeitnehmer eintritt. In schwierigen Zeiten für die SPD gelte es, geschlossen und mit Solidarität den anstehenden Wahlkampf zu bestreiten. Nach Auffassung des stellvertretenden SPD-Kreisvorsitzenden Peter Raske habe man mit dem IG-Metall-Bevollmächtigten Clemens Bollen als Kandidaten gute Chancen, der direkt gewählten CDU-Abgeordneten Gitta Connemann das Mandat abzunehmen.

Nach Bugiel nahm mit dem Burlager Rolf Sandrowski gestern unterdessen ein weiterer SPD-Kandidat seinen Hut aus dem Ring. Damit geht Bollen nunmehr als einziger SPD-Kandidat ins Rennen.

Ems-Zeitung 10.06.2005

„Strukturen, die Senioren zugute kommen“

Jürgen Kothe regt Pflegekonferenz an

Papenburg (kd) Die Einrichtung einer Pflegekonferenz auf Ebene der Stadt Papenburg hat Jürgen Kothe, Leiter der Berufsfachschule Altenpflege, angeregt. In der Sitzung des Sozialausschusses des Stadtrates stellte er das Modell vor.

Ziel einer örtlichen Pflegekonferenz sei es, „Strukturen zu schaffen, die alten und pflegebedürftigen Menschen zugute kommen“, unterstrich Kothe den Ansatz der Initiative. Alle Akteure dieses Sektors, darunter Vertreter der Ärzteschaft, des Krankenhauses, der Krankenkassen, von Pflegeeinrichtungen, Seniorenheimen sowie Kommune, würden an einem Tisch zusammengebracht.

So komme es zu einem besseren Informationsaustausch untereinander und zu einer stärkeren Vernetzung der unterschiedlichen Institutionen. Transparenz, Qualitätssicherung sowie Beteiligung an der Planung der pflegerischen Versorgungsstruktur in der Stadt seien weitere Aufgabenfelder, mit denen sich nach den Worten von Kothe eine Pflegekonferenz beschäftige.

Auf Ebene des Landkreises ist ein entsprechendes Gremium seit Längerem eingerichtet. Auf der 16. Konferenz dieser Art Ende November vergangenen Jahres erfolgte die Anregung, die Kooperation durch örtliche Pflegekonferenzen weiter zu stärken. In Meppen hat sich inzwischen eine Tagungsrunde gebildet. Der Stadt Papenburg stünde gleichfalls ein derartiges Gremium gut zu Gesicht, unterstrich Jürgen Kothe auch mit Blick auf die immer umfangreicher und komplexer werdenden Aufgaben im Bereich des Pflegesektors.

Positive Aufnahme fand die Anregung bei den Mitgliedern des Sozialausschusses. Nicht folgen wollte die Mehrheit des Ratsgremiums allerdings einem Vorschlag von Peter Raske (SPD), der sich dafür aussprach, der Initiative noch mehr Schub zu verleihen und bereits Finanzmittel für eine Pflegekonferenz im Haushaltsentwurf für das kommende Jahr auszuweisen. Gegen dieses Ansinnen sperrten sich Sprecher von CDU und Verwaltung. In der Folge lehnten bei der Abstimmung zum Sozialetat zwei SPD-Mandatsträger (bei einer weiteren Enthaltung aus der SPD-Fraktion) das Zahlenwerk ab. Die Ausschussmehrheit sprach sich allerdings für den Haushaltsentwurf 2006 aus.

Danach weist der Sozialetat ein Volumen von insgesamt rund 820000 Euro auf. Die Aufwendungen für Hilfen zum Lebensunterhalt (weitgehend Erstattung durch den Landkreis) bezifferte Fachbereichsleiter Bernd Jordan auf knapp 240000 Euro, die Mittel für Asylbewerber (Erstattung vom Land) liegen bei 430000 Euro. Mit gut 50000 Euro stehen die Zuschüsse der Kommune an soziale Einrichtungen und Gruppen in der Stadt zu Buche. Hier habe man sich durchweg an den Ansätzen des laufenden Jahres orientiert, berichtete Jordan.

Ems-Zeitung 22.06.2005

Juli 2005

Besorgt über Gefährdung bei BIRO

Die SPD-Fraktion und der SPD-Ortsverein in Papenburg waren auch nach ihrem Besuch bei BIRO besorgt über eine mögliche Gefährdung der Bevölkerung und der Umwelt durch das Altholzlager. Bei dem Brand hatte man nach Auskunft des Geschäftsführers Ulrich Schieferstein großes Glück, dass es sich um einen kleinen neu angelegten Holzhaufen mit unbelasteten Hölzern handelte, so dass der Brandherd von allen Seiten gut bekämpft werden konnte.

Die SPD konnte sich davon überzeugen, dass seit ihrem letzten Besuch 1971 eine Reihe von Verbesserungen bei der Lagerung vorgenommen wurden. Inzwischen hatten die Gesellschafter und die Geschäftsleitung gewechselt und es wurden Investitionen zur Sicherheit in Millionenhöhe getätigt. Im Sommer sollte ein neues Entwässerungs-konzept für 100.000 € umgesetzt werden. Der Lagerholzbestand wurde im vergangenen Jahr um 80.000 Tonnen verringert und sollte weiterhin verringert werden. Dies gelänge auch, weil zukünftig von Papenburg ein weiteres Kraftwerk in Emlichheim mit Holz versorgt würde. Es war aber nicht daran gedacht, das Lager zum Kraftwerk zu verlagern, weil man durch langfristige Pachtverträge mit Schulte & Bruns an dieses Gelände gebunden war.

Besorgt zeigte sich die SPD über die Absicht, eine Genehmigung für die Aufbereitung kleiner Mengen hochbelasteten Holzes zu beantragen. Unzufrieden zeigte sich SPD-Fraktionsvorsitzender Hartmut Bugiel mit der Sicherheit des Geländes. Jeder, der es wollte, könnte das Gelände ungehindert betreten. Die Geschäftsleitung von BIRO räumte ein, dass im Gegensatz zu anderen Häfen der Papenburger Hafen nicht nach den geltenden Maßstäben der Portsecurity zertifziert war.

Beunruhigt waren die SPD-Mitglieder auch dadurch, dass bei dem Brand der Wasserträger der Feuerwehr für 5.000 Liter Wasser ausgefiel. Dieser Wasserträger stünde zukünftig nicht mehr zur Verfügung, um eine Erstbrandbekämpfung vorzunehmen bis eine Wasserleitung gelegt werden kann.

BIRO investiert weiter in Sicherheit des Holzlagers

Entwässerungskonzept für 100 000 Euro – SPD ist besorgt

Papenburg
Die SPD-Fraktion und der SPD-Ortsverein in Papenburg sind auch nach ihrem Besuch bei BIRO besorgt über eine mögliche Gefährdung der Bevölkerung und der Umwelt durch das Altholzlager.

BIRO-Geschäftsführer Ulrich Schieferstein erläuterte den Besuchern die Umstände des letzten Brandes und das zurzeit vorhandene Sicherheitskonzept. Die SPD konnte sich davon überzeugen, dass seit ihrem letzten Besuch 1971 eine Reihe von Verbesserungen bei der Lagerung vorgenommen wurden. Inzwischen haben die Gesellschafter und die Geschäftsleitung gewechselt, und es wurden Investitionen zur Sicherheit in Millionenhöhe getätigt. Im Sommer soll ein neues Entwässerungskonzept für 100 000 Euro umgesetzt werden.

Der Lagerholzbestand wurde im vergangenen Jahr um 80 000 Tonnen verringert und soll weiterhin zurückgefahren werden. Dies gelinge auch, weil zukünftig von Papenburg ein weiteres Kraftwerk in Emlichheim mit Holz

Holz-Lagerbestand deutlich verringert

versorgt werde. Es sei aber nicht daran gedacht, das Lager zum Kraftwerk zu verlagern, weil man durch langfristige Pachtverträge mit Schulte & Bruns an dieses Gelände gebunden sei.

Besorgt zeigte sich die SPD über die Absicht, eine Genehmigung für die Aufbereitung kleiner Mengen hoch belasteten Holzes zu beantragen. Unzufrieden zeigte sich SPD-Fraktionsvorsitzender Hartmut Bugiel mit der Sicherheit des Geländes. Jeder, der es wolle, könne das Gelände ungehindert betreten. Die Geschäftsleitung von BIRO räumte ein, dass im Gegensatz zu anderen Häfen der Papenburger Hafen nicht nach heute geltenden Maßstäben der „Portsecurity" zertifiziert sei.

Beunruhigt waren die SPD-Mitglieder auch dadurch, dass bei dem Brand der Wasserträger der Feuerwehr für 5000 Liter Wasser ausgefallen war. Dieser Wasserträger steht zukünftig nicht mehr zur Verfügung, um eine Erstbrandbekämpfung vorzunehmen bis eine Wasserleitung gelegt werden kann.

ORTSBESICHTIGUNG bei BIRO: Unser Bild zeigt (von links) Geschäftsführer Ullrich Schieferstein, Hartmut Bugiel, Roland Seemann, Wilhelm Kröger, Peter Behrens, Bernhard Bloem, Barbara Gruner, Ansgar Schnieders, Peter Raske und Rainer Groenewold, (BIRO).

Ems-Zeitung 04.07.2005